



Nr. 263

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Veröffentlichungsweg: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 14.—

Freitag, den 10. November 1922.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn 540.—, vierteljährlich, Postbezugspreis 540.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur Lage.

Die von der deutschen Regierung zum Zwecke des Studiums der Ursachen der Marktkatastrophe nach Berlin geladenen Sachverständigen aus Amerika, England und Schweden haben ihr Urteil nun dahin abgegeben, daß unter der Voraussetzung gewisser Zugeständnisse seitens der Gläubiger eine Stabilisierung der Mark möglich sei. In erster Linie müsse sie aber von Deutschlands eigenen Bemühungen ausgehen. Als solche Bemühungen bezeichnen die Sachverständigen äußerste Sparjamkeit im Staatshaushalt, äußerste Strenge in der Steuereintreibung. Die Beschaffung des Kapitals für öffentliche Arbeiten dürfe nicht aus den laufenden Einnahmen erfolgen, sondern durch sichergestellte Anleihen. Gegen die Kapitalflucht müßten strenge Maßnahmen ergriffen werden. Wir sehen aus diesen Vorschlägen, daß sich die Sachverständigen ganz auf den Boden des Versailler Diktats stellen, wenn sie auch so gewissermaßen nebenbei erklären, daß die Lasten des Versailler Diktats mit schuldig seien an dem katastrophalen Marksturz. Deshalb schlagen sie auch neben den von Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen die Gewährung eines Zahlungsausschubs an Deutschland seitens der Entente auf mindestens 2 Jahre vor, und zwar sowohl für die Bar- wie die Sachleistungsforderungen. Die Zahlungen könnten erst wieder aufgenommen werden, wenn sie aus einem wirklichen Ueberschuß des deutschen Staatshaushalts stammen, also nicht etwa aus ausländischen Anleihen usw. Außer der Herstellung des Gleichgewichts unserer staatlichen Einnahmen und Ausgaben müßte dann unsere Handelsbilanz wieder aktiv werden, d. h. wir müßten mehr ausführen als einführen, und deshalb müßten wir die uns von der Entente im Versailler Diktat genommene Gleichberechtigung im internationalen Handel in bezug auf das Recht, Zölle von der Luxusindustrie für die Einfuhr zu erheben und für die Ausfuhr von den andern Staaten ebenfalls Meistbegünstigung zu verlangen, wieder erlangen. Der Versuch einer Stabilisierung der Mark müßte mit einer Stützungsaktion durch ein internationales Finanzkonsortium verbunden werden. Es dürfte sich hier also wohl um den Vorschlag der Aufnahme einer ausländischen Anleihe lediglich zum Zwecke der Stabilisierung der Mark handeln. Daß die Sachverständigen keinesfalls das „Recht“ der Alliierten auf Ausbeutung des deutschen Volkes bestreiten, das geht daraus hervor, daß sie bestimmte Kontrollmaßnahmen seitens der Entente über unsere Ausgaben, sowie über die zur Stützung der Mark notwendigen Einrichtungen verlangen. Die deutsche Regierung hat nun der Reparationskommission auf Grund dieses Gutachtens neue Vorschläge gemacht, über die gestern gemeinschaftliche Erörterungen gepflogen wurden.

Es wird sich nun darum handeln, welche Haltung die Entente gegenüber Deutschland heute für gut hält. Ob sie es wagen wird, trotz oder vielleicht auch gerade wegen der Gefahr im Osten die deutsche Finanz- und Wirtschaftskatastrophe zum letzten Ende sich entwickeln zu lassen, damit wir bei etwaigen kriegerischen Auseinandersetzungen auch wirtschaftlich gefestigt sind, oder ob sie umgekehrt die Reparationsfrage in ein ruhigeres Fahrwasser lenken will, um im Osten freie Hand zu bekommen, das wird sich ja in den nächsten Tagen und Wochen zeigen müssen. Die programmatischen Erklärungen des englischen Außenministers, Lord Curzon, sowie des neuen Ministerpräsidenten Bonar Law könnten im gegenwärtigen Augenblick die Auffassung aufkommen lassen, als wolle die neue englische Regierung, die allerdings noch durch die Wahlen bestätigt werden muß, die französische Gewaltpolitik gegenüber Deutschland ebenfalls nicht in ihren schroffsten Formen mitmachen. Der Außenminister Curzon erklärte, England sei immer von dem Gefühl durchdrungen gewesen, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands für Europa von wesentlicher Bedeutung sei. Zwar sei er, — wie bekanntlich auch seine Vorgänger — selbstverständlich dafür, daß Deutschland sich einer „berechtigten“ Verpflichtung nicht entziehen dürfe, aber er glaube, daß jeder Versuch, die Frage mit Gewalt oder durch willkürliche Maßnahmen zu erledigen, fehlschlagen werde. In demselben Sinne hat sich auch Bonar Law ausgesprochen. Interessant ist, daß auch diese Regierung auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hinarbeitet, zweifellos nicht aus lauter Liebe zu Deutschland, so wenig wie man aus diesem Grunde etwa den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft „fördern“ will, hier sprechen in erster Linie außenpolitische Überlegungen in bezug auf die Gesamtlage Englands mit, und die verlangt eine „Pazifizierung“ der Welt, damit England seine Volkswirtschaft nach Verdrängung der deutschen Ware von den wichtigsten Absatzgebieten wieder in standsetzen kann und weil es vor allem den Orient, der seine gesamte Kolonialmacht in Asien und Afrika gefährdet, zur Ruhe bringen will. Die neue englische Regierung ist auch hier sehr gemäßigt; zwar erklärt sie, daß die Ansprüche

der Kemalisten auf Räumung Konstantinopels nicht gebuldet werden könnten, sie sei jedoch bereit, in Lausanne beträchtliche Opfer — wahrscheinlich bezüglich der Rückgabe des nördlichen Teils von Mesopotamien — zu bringen, aber für den Preis einer Demütigung, d. h. wohl der vollständigen Aufgabe der Herrschaft über die Dardanellen, und damit über Konstantinopel, könne England den Frieden nicht erlangen. Von grundsätzlicher Bedeutung ist aber besonders die Betonung des fortgesetzten Zusammenarbeitens Englands und Frankreichs. Das sei wie Lord Curzon sagte, die beste Garantie für den Bestand dieser beiden Länder und den europäischen Frieden, d. h. die Herrschaft der Entente über Europa und die übrige Welt. Auch Italien hat jetzt durch den nationalsozialistischen „Revolutionär Mussolini“, dessen Staatsstreich in manchen Kreisen Deutschlands so große Bewunderung ausgelöst hat, trotzdem er und seine Politik in schärfster Weise deutschfeindlich sind und bleiben werden, weil er unsere Ansprüche auf Oesterreich und Tirol mit Gewalt zu unterdrücken und die Deutschtiroler verwelken will, sein unbedingtes Festhalten an der Entente bekundet. Die Entente ist also heute so fest wie je, weil sie — wie wir seit Jahren trotz aller gegenteiligen Auffassung in der öffentlichen Meinung Deutschlands immer und immer wieder betont haben, — durch eine innig verbundene national-imperialistische und weltwirtschaftliche Interessengemeinschaft zusammengesetzt ist, die so lange festhalten wird, bis ein äußerer Druck sie zu sprengen vermag. Ein solcher Druck bahnt sich vom Orient, Osteuropa und Asien her an, es ist aber selbstverständlich, daß man mit allen Mitteln diplomatischer Kunst versuchen wird, ihn aufzuhalten und möglichst abzuleiten oder gar seine Kräfte zu teilen, um sie dann um so besser in ihrer Gegenwirkung aufheben zu können. Die Konferenz von Lausanne wird zeigen, ob und inwieweit diese Aufgabe den alliierten Staatsmännern gelingen wird. Von dem Ergebnis dieser Konferenz, wenn sie angesichts der Forderungen der Türken überhaupt zustande kommt, wird es abhängen, wie sich die Lösung der Reparationsfrage endgültig, d. h. wenigstens auf einen größeren Zeitraum als seither gestaltet. O. S.

Die Reparationsverhandlungen. Ein Notenaustausch der Reichsregierung mit der Reparationskommission.

Die Vorschläge des Reichskanzlers.

Berlin, 9. Nov. Die Verhandlungen mit der Reparationskommission haben zu einem Notenaustausch geführt, der hiermit der Öffentlichkeit übergeben wird: Am 4. November richtete der Reichskanzler folgendes Schreiben an die Reparationskommission: Vorschlag für die Stabilisierung der Mark. — Eine wirkliche und dauernde Stabilisierung der Mark kann erst eintreten, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt ist. Angesichts der Zerrüttung der Mark, die sich in letzter Zeit in immer schärferer Weise vollzogen hat, kann jedoch nicht gewartet werden, bis eine solche endgültige Regelung getroffen worden ist, da dies bei aller Beschleunigung zu viel Zeit beanprucht. Jeder Zeitverlust bedeutet aber eine neue Gefährdung der deutschen Währung und macht ihre Festigung und Besserung immer schwieriger. Es müssen deshalb schon jetzt alle Schritte unternommen werden, die geeignet erscheinen, der weiteren Zerrüttung der Mark Einhalt zu tun. Ein erfolgreiches Unternehmen zur Stützung der Mark ist jedoch zur Zeit nur bei einem Zusammenwirken Deutschlands mit der Kapitalkraft des Auslandes möglich. Ein solches Zusammenwirken ist in der Weise gedacht, daß unter Mitwirkung der Reichsbank ein internationales Syndikat zur Beschaffung eines internationalen Bankkredits von mindestens 500 Millionen Goldmark für die deutsche Regierung gebildet wird, um die Mark zu stützen und ihren Stand zu bessern. Da die Erörterungen über das Zustandekommen eines solchen Bankkredits und über die Bedingungen hierfür Verhältnisse berühren werden, die zur Zuständigkeit der Reparationskommission gehören, möchte die deutsche Regierung zunächst davon absehen, Anträge in dieser Hinsicht zu stellen. Sie glaubt, daß geeignete Vorschläge am besten durch eine gemeinsame Beratung von Finanzmännern von internationalem Ansehen aus den verschiedenen Ländern vorbereitet werden können und schlägt daher vor, daß die Reparationskommission ohne Verzug ein Komitee von solchen Finanzmännern zusammenberuft, um die Frage zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Gewährung von internationalen Bankkrediten zum Zwecke der Festigung des Marktkurses möglich erscheint. Das Komitee würde, wenn es sich auch praktisch für die Aufgabe interessiert, am besten in der Lage sein, sein Gutachten

Neueste Nachrichten.

Der deutsche Reichskanzler hatte an die Reparationskommission eine Note gerichtet, in der er ausführt, daß die Stabilisierung der Mark erst eintreten könne, wenn die Reparationsfrage entsprechend der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig geregelt sei. Zur vorläufigen Stützung des Marktkurses schlage er die Beschaffung eines Bankkredits von mindestens 500 Millionen Goldmark seitens eines internationalen Syndikats vor, die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen sagte er ebenfalls zu. Die Reparationskommission antwortete darauf in der üblichen reservierten und anmaßenden Weise, und verlangte positive Vorschläge. Der Reichskanzler hat nun darauf nochmals eine Antwort erteilt, in der er auf das Urteil der ausländischen Sachverständigen hinweist. Er stellt wiederholt fest, daß solange nicht eine endgültige Regelung der Reparationsleistungen erfolgt sei, alle Maßnahmen nur Hilfsmittel seien. Die von den ausländischen Sachverständigen vorgeschlagene Stützungsaktion durch einen internationalen Bankkredit werde nur gewährt, wenn bis zur Zurückzahlung der von dem ausländischen Syndikat geleisteten Vorschüsse Deutschland von jeder Barzahlung auf Grund des Versailler Vertrags sowie von allen Naturalieferungen für Reparationszwecke vorübergehend befreit werde. Die deutsche Regierung sei aber bereit, Sachlieferungen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu leisten, soweit die Kräfte der deutschen Volkswirtschaft reichen. Die Reparationskommission wird in den nächsten Tagen auf diesen Vorschlag antworten.

Die heutigen Nachrichten über die Lage im Orient sind nicht einheitlich. Die einen sprechen von einer Verschärfung wegen der türkischen Forderungen, die anderen von einer Entspannung, da die Türken sich entgegenkommend gezeigt hätten. Jedenfalls ist die Krisis noch nicht überwunden.

auch darüber abzugeben, wie die Stützungsaktion finanztechnisch durchzuführen ist. Wenn durch das Zustandekommen eines derartigen Bankkredits die Vorbedingung für die wirksame Stützung der Mark, namentlich die Wiederkehr des Vertrauens des In- und Auslandes zur deutschen Währung gegeben ist, ist Deutschland entschlossen: a) seinen Haushalt im Gleichgewicht zu halten, b) eine Besserung der Handels- und Zahlungsbilanz durch wirtschaftliche Maßnahmen und insbesondere durch eine Steigerung der Produktion herbeizuführen, c) die schwebende Schuld einzudämmen, d) innere Anleihen aufzunehmen.

Die übliche anmaßende Antwort der Reparationskommission.

Die Antwort der Reparationskommission, die am 6. November übergeben wurde, hatte folgenden Wortlaut: Herr Reichskanzler! Im Verlauf der Besprechung, die die Reparationskommission mit Ihnen am 31. Oktober zu pflegen die Ehre hatte, haben Sie der Reparationskommission aus eigenem Antrieb die Zusicherung gegeben, daß Sie zur Vollenbung Ihres Wertes auf die loyale Mitarbeit der deutschen Regierung und aller ihrer Dienststellen rechnen können. Die Kommission hat diese Zusicherung entgegengenommen und dabei auf den informativen Charakter ihrer Reise hingewiesen, deren einzelne Ergebnisse zu den Beschlüssen und Gutachten beitragen werden, die sie nach ihrer Rückkehr nach Paris festzulegen haben wird. Die ersten Ergebnisse der Untersuchung haben gezeigt, daß, wenn auch die deutsche Regierung in der letzten Zeit sich bemüht hat, die freie Kontrolle des Garantiefomitees über die Reichsfinanzen und über die deutsche Ausfuhr sicherzustellen, doch wichtige Maßnahmen zu treffen bleiben, besonders hinsichtlich der Schaffung eines Personalkabes, wie er besprochen und notwendig ist. Die Reparationskommission legt ihre ganze ernste Aufmerksamkeit auf die Dringlichkeit der „engagements definitifs“, die in dieser Gestalt nochmals vom Reichsfinanzminister anerkannt worden sind, in ihrer Gesamtheit zu verwirklichen. Die Reparationskommission, die mit ihrer eigenen Erklärung über die von ihr praktisch zu prüfenden Probleme übereinstimmt, hat sich nach einander mit dem Ausgleich des Reichshaushalts, der schwebenden Schuld und der Stabilisierung der Mark befaßt. Nachdem sie über diese Punkte den Reichsfinanzminister und die Finanzbehörde gehört hatte, hat sie die deutsche Regierung um Bekanntgabe ihrer Vorschläge ersucht. Diese sind bisher zu unbestimmt. Die Stabilisierung der Mark beherrscht alle anderen Probleme, deren Lösung sie vorbereiten soll. Während einerseits kein Plan zur Stabilisierung der Mark erfolgen kann, wenn nicht der Reichshaushalt ins Gleichgewicht gebracht und das Anwachsen der schwebenden Schuld oehemmt wird, kann andererseits kein wirklicher Fortschritt bei der einen oder anderen dieser Reformen

erzielt werden, solange keine Maßnahmen getroffen worden sind, am wenigstens eine gewisse Stabilität in dem deutschen Wechselkurs herbeizuführen. Nun aber hat die deutsche Regierung, die einen bestimmten und ausführlichen Plan zur Herbeiführung dieser Stabilisierung vorzulegen versprochen hatte, sich auf die Bitte an die Kommission beschränkt, mit einem internationalen Finanzkomitee die Möglichkeit und die Bedingungen einer augenblicklichen Anleihe von mindestens 500 Millionen Goldmark zu untersuchen. Jeder hat die Initiative und Verantwortung, die ihm zusteht, zu ergreifen und auf sich zu nehmen. Wird der Reparationskommission ein Anleiheprojekt oder irgend ein anderes Projekt vorgelegt, so wird sie sich der Prüfung und Meinungsäußerung, soweit sie dafür zuständig ist, nicht entziehen. Es ist aber Pflicht der deutschen Regierung, die übrigens internationale Sachverständigen berufen hat, der Kommission ein Projekt vorzulegen. Die Kommission gibt sich noch der Hoffnung hin, daß die deutsche Regierung sich unter nochmaliger ernster Prüfung sobald wie möglich mit den in ihrer ersten Note angefügten Vorschlägen befassen wird. — Genehmigen Sie, uw.

Die Politik der Reichsregierung. Forderung der Stabilisierung der Mark.

Berlin, 9. Nov. In der heutigen Sitzung der Parteiführer in der Reichskanzlei machte der Reichskanzler Ausführungen über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit der Reparationskommission, wobei er ausdrücklich betonte, daß auch die letzte Note der Reichsregierung die einmütige Auffassung des Reichskabinetts darstelle. Er erklärte es weiter für notwendig, es deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß die ernsthafteste Forderung der Stabilisierung der Mark der Leitgedanke der deutschen Politik sei. Auch die Reichsbank werde zur Erreichung dieses Zieles tatkräftig mitwirken. — Laut „Vorwärts“ haben die Sozialdemokraten in der Aussprache ihre Zustimmung zu der Note erklärt und es als dringend erforderlich bezeichnet, daß die dauernde Initiative in der Währungspolitik jetzt bei der deutschen Regierung liegen müsse.

Berliner Stimmen über die angebliche Haltung der Reparationskommission.

Berlin, 10. Nov. Nach einer Information des „Berl. Volk-Anz.“ wird die Reparationskommission bereits am Montag sich mit den deutschen Vorschlägen befassen. Das Blatt nimmt an, daß bereits Mitte nächster Woche die Entscheidung in Paris fallen wird. Die „Vossische Zeitung“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die deutschen Vorschläge auf die maßgebenden Mitglieder der Kommission einen nicht ungünstigen Eindruck gemacht haben, wenn auch vereinzelt noch konkretere Pläne gewünscht worden wären. Alles in allem könne man sagen, daß der Aufenthalt der Kommission in Berlin zum mindesten die Möglichkeit einer Verständigung gezeigt habe.

Berlin, 9. Nov. Wie die Blätter hören, ist keine weitere offizielle Zusammenkunft der Reparationskommission mit den Vertretern der Reichsregierung in Berlin in Aussicht genommen. Die Kommission wird vielmehr erst in Paris die in dem letzten Schreiben der Reichsregierung enthaltenen Vorschläge einer Prüfung unterziehen. Heute mittag ist seitens der Reparationskommission lediglich eine Empfangsbefestigung der letzten Note der Reichsregierung beim Reichskanzler eingegangen.

Eine neue Heß- und Drohrede Poincaré's.

Paris, 10. Nov. Im Senat wurde gestern eine Interpellation des Senators Hubert über die Durchführung einer wirkungsvollen Reparationspolitik im Ruhrgebiet beraten. Nachdem Hubert seine Interpellation begründet hatte, ergriff Poincaré das Wort und erklärte, er wolle sich nur über die allgemeine Reparationspolitik aussprechen. Im Juni v. J. habe Deutschland, das sich für zahlungsunfähig erklärt habe, den Wiederaufbau der Handelsflotte in unbegrenztem Maße betrieben. Auch Eisenbahnbauten, zum Teil strategische, seien ausgeführt worden. Der Reichskanzler habe Maßnahmen versprochen, der Inflation Einhalt zu gebieten, sei aber auf den Widerstand der Industrie gestoßen. Er, Poincaré, habe im Juni erklärt, man müsse eine oder mehrere deutsche Anleihen auf dem internationalen Markt auflegen. Was die Meinungsverschiedenheiten mit der britischen Regierung anbetreffe, so sei festgestellt, daß im Monat August die französische Regierung bereit gewesen sei, ein Gesamtprogramm vorzulegen, das sich auf die Reparationen und die interalliierten Schulden bezog. Poincaré sprach alsdann von seinem Februarprogramm und stellte fest, daß es von England abgelehnt worden sei. Seit vielen Monaten widersehe sich die deutsche Industrie der Budget- und Währungskontrolle. Heute seien aber die deutschen Industriellen selbst das Opfer ihrer eigenen Mäandere geworden. Auf die Brüsseler Konferenz übergehend, fragte er: Werden die Alliierten mit Frankreich, wenn es notwendig wird, zum Zwang schreiten? Diese Frage wird in Brüssel aufgeworfen werden. Die Brüsseler Konferenz werde feststellen, daß die Holz- und Kohlenlieferungen Deutschlands unregelmäßig seien. Sie werde ferner die Frage der Beteiligung an der deutschen Industrie prüfen, ebenso die Frage von deutschen Anleihen auf dem Auslandsmarkt. Der größte Anteil dieser Anleihen müsse zu Reparationszwecken verwendet werden. Wenn Frankreich nicht befriedigt werde, könne man es nicht zum Verzicht auf seine Rechte zwingen, die es eher allein zu erringen suchen werde, als daß es nicht bezahlt werde. — Nach dieser Rede nahm der Senat eine Vertrauensstagesordnung des Interpellanten Hubert an, in der es heißt: Der Senat vertraut auf die Regierung, daß sie durch eine wirkungsvolle Politik die Sicherheit Frankreichs und die Reparationszahlungen gewährleisten wird.

Die Verschärfung der Orientkrisis.

Die türkischen Forderungen.

London, 9. Nov. Blättermeldungen zufolge verlautet, daß die Kemalisten dem französischen Oberkommissar in Konstantinopel, General Pellet, folgende Forderungen

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Viehzählung am 1. Dezember 1922.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß gemäß einer Verordnung des Ernährungsministeriums vom 27. Oktober 1922 am 1. Dezember 1922 eine Viehzählung stattfindet, die sich auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner), zahme Kaninchen (Stallhasen) und Bienenstöcke erstreckt. Die Durchführung derselben liegt den Gemeindebehörden ob.

Die Bevölkerung wird ersucht, den von der Gemeinde aufgestellten Zählern bei dem Zählgeschäft weitgehendst entgegenzukommen.

Den Schultheißenämtern gehen in den nächsten Tagen die Formulare mit einem eingehenden Erlaß zu.

Calw, den 8. November 1922.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

übermittelten: 1. Sofortige Räumung Konstantinopels. Die Alliierten können, falls sie es wünschen, in Tschataltscha, Skutari und Tschanaal bleiben. 2. Aufhebung der Kapitulationen. 3. Abhaltung einer Volksabstimmung in Westthrazien, um festzustellen, ob dieses Gebiet nicht an die Türken zurückgegeben werden soll. 4. Rückgabe von Mosul an die Türken und Revision der syrischen Grenze, sowie Autonomie der Inseln gegenüber der kleinasiatischen Küste. 5. Völlige Unabhängigkeit der Türkei. 6. Bezahlung einer Kriegsschuldigung durch Griechenland in Höhe von 6 Milliarden Goldfranken.

Das heuchlerische England.

London, 10. Nov. In einer Rede in West-Birmingham wies Chamberlain auf den Ernst der Lage im Orient hin und versprach Bonar Law seine Unterstützung, wenn die Regierung versöhnlich und gemäßigt bleibe, aber die nationale Ehre und die nationalen Interessen kräftig verteidige. In die Türkei sei ein neuer Geist gefahren. Der Geist von Angora sei nicht versöhnlich und freundschaftlich wie der der alten Türkei, sondern unveröhnlich und feindselig gegenüber allen westlichen Ideen und Völkern. — Und ganz mit Recht. Die alte Türkei hat sich eben ihrer Rechte und ihrer Freiheit vollständig berauben lassen, und das heißen die Engländer „versöhnlich“.

Entspannung?

Paris, 9. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel hat gestern abend Nisat Pascha in einer Sitzung mit den alliierten Generalen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Einigung zustandekomme. Nach der Erklärung Ismed Paschas sei eine Entspannung eingetreten und man hoffe, zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Heute nachmittag hat die vorgesehene Sitzung zwischen Nisat Pascha und den alliierten Generalen stattgefunden, in der die einzelnen Fragen betreffend die Politik, Zölle, Gesundheitswesen, finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen geregelt werden sollten. — Heute vormittag soll sich ein neuer Zwischenfall zwischen türkischer Polizei und englischen Soldaten abgespielt haben, bei dem ein Soldat getötet wurde. Ein Polizeibeamter sei festgenommen worden. Hierauf seien heute vormittag inmitten einer ungeheuren Kundgebung englische Soldaten mit aufgezogenem Bajonett durch die Hauptstraßen von Pera gezogen.

Die Bewegung in Indien.

London, 9. Nov. Neuter meldet aus Kalkutta: Einige Mohammedaner sind wegen aufrührerischer Machenschaften verhaftet worden, darunter auch der Präsident des Kalkuttas-Komitees.

Ausland.

Das Ergebnis der Wahlen in Polen.

Warschau, 9. Nov. Die bisher feststehenden etwa 300 Mandate des polnischen Sejms verteilen sich folgendermaßen: Rechtsblock 125, Witos-Partei 45, Sozialisten und Thugutt-Partei je 50, Minderheitsblock 35, Nationale Arbeiterpartei 12, galizische Zionisten 10, Skulski-Gruppe 5. Die noch ausstehenden etwa 70 Mandate dürften vor allem dem Minderheitsblock und den Bauernparteien zufallen. Der Wahlerfolg des Minderheitsblocks wird von der Presse aller Parteien anerkannt. Die Blätter heben übereinstimmend hervor, daß die Regierungsbildung schwierig sei.

Eine neue Wahlrede Lloyd Georges.

London, 6. Nov. In einer vormittags in London vor einer Versammlung von 3000 Teilnehmern gehaltenen Rede wandte sich Lloyd George gegen die von Bonar Law angekündigte negative Politik. Er betonte die dringende Notwendigkeit, daß im kommenden Parlament in diesem kritischen Augenblick eine starke Gruppe unabhängiger Männer vorhanden sein müsse, die bereit seien, darauf zu bestehen, daß die Regierung einen sicheren Weg gehe und sich weder der Revolution noch der Reaktion verschreibe, sondern eine Politik verfolge, die den Uebelbefürwortungen Englands entspräche. Lloyd George erklärte weiter, indem er die Bemerkung Bonar Laws über ihn aufgriff, daß er im Kriege die Rolle des Lambours spielte, um den Kampfsgeist der Nation aufrecht zu erhalten, er schäme sich dieser Rolle nicht. Wenn Deutschland 1918 einen Lambour gehabt hätte, der durch seinen Wirbel die erschöpften Herzen Deutschlands wieder belebt hätte und ihnen im Kampfe neuen Geist hätte einflößen können, dann wäre es Deutschland anders ergangen. Deutschland besaß viele Kämpfer, aber keinen Lambour. Lloyd George hob hervor, daß sie das, was er und seine Kollegen während des Krieges und danach für das Land leisteten, nicht durch eine negative Politik erreicht hätten. Er erklärte, sie seien stolz darauf. Sie verlangten von der neuen Regierung nicht, daß sie es besser mache, son-

dern nur, daß sie es ebenso mache. Es sei die Pflicht der patriotischen Bürger, zwischen zwei Extremen zu stehen, der sozialistischen Partei und der Reaktion. Die Gemeinderatswahlen zeigten, daß die Gefahr von Seiten der Sozialisten nicht so groß sei, wie man befürchtete. Er glaube nicht, daß die Sozialisten bei den Neuwahlen genügend Unterstützung finden würden, um ihr halbrevolutionäres Programm durchzuführen. Eine wirkliche unmittelbare Gefahr sei aber, daß ein Parlament gewählt werden könnte, dessen Mehrheit durch eine mächtige geschlossene Minderheit zu einem reaktionären Punkt getrieben würde. Die Reaktion sehe er für eine sehr ernste Gefahr an. Im Wörterbuche ständen die Wörter Reaktion und Revolution nicht weit voneinander. Zuerst komme im Wörterbuche das Wort Reaktion. Das Land müsse sich das aus dem Wörterbuche zu Herzen nehmen. Man könne nicht stillstehen und eine negative Haltung einnehmen, ohne dadurch das gesamte Gefüge der Gemeinschaft unter den heutigen Verhältnissen zu gefährden. Auf einer Seereise hänge die Ruhe nicht vom Schiff, sondern von der See ab. Eine große Nation wie England könne nicht stillstehen. Das sei keine Politik. Unter Politik verstehe er eine starke Gruppe unabhängiger Männer, die frei von den Parteifesseln, stark genug sei, um auf einem stetigen mittleren Kurs zu bestehen, die den Umsturz verhindern und der Reaktion widerstehen könnten. Er hoffe, daß die Wähler solche Männer, die für diesen stetigen mittleren Kurs eintreten, unterstützen würden.

Hungerstreik der Schwester des Bürgermeisters von Cork.

London, 8. Nov. Die Schwester des seinerzeit dem Hungerstreik erlegenen Bürgermeisters von Cork, Miss Mary Macswain, deren Verhaftung gemeldet worden ist, ist nach dem Vorbild ihres Bruders ebenfalls in den Hungerstreik getreten.

Vermischtes.

Kirchenfeindliches Vorgehen des sächsischen Justizministers.

Berlin, 9. Nov. Am 1. November, dem katholischen Feiertag Allerheiligen, hatten die katholischen Eltern in Sachen entgegen einer Verordnung des Justizministers Fleißner ihre Kinder nicht zur Schule geschickt. Das bischöfliche Ordinariat hatte die katholischen Eltern dazu aufgefordert. Wie die Blätter melden, läßt nun der Justizminister mitteilen, daß er gegen das bischöfliche Ordinariat und gegen die Eltern ein Strafverfahren wegen offener Gefehwidrigkeit einleiten werde.

Hotelbesetzerstreik in Dresden.

Berlin, 9. Nov. Der Verein der Hotelbesetzer von Dresden und Umgebung beschloß einstimmig, die Dresdener Hotelunternehmungen am 15. Dezember zu schließen und dem gesamten Personal bereits am 15. November zu kündigen, falls nicht bis dahin die Beherbergungssteuer auf 15 Prozent des reinen Beherbergungspreises herabgesetzt wird.

Das Bankett des deutschen Presseklubs in New-York.

N.Y. Der Deutsche Pressklub in New-York veranstaltete aus Anlaß seiner Stützungsfeier ein Bankett mit Damen, das zu einer glänzenden und politisch bedeutsamen Kundgebung des Deutschtums wurde. „Es verdient als ein Meilenstein in der landweiten Bewegung zur Neuerweckung des deutschen Geistes erwähnt zu werden“, sagt die „New-Yorker Staatszeitung“. An der Ehren tafel zu beiden Seiten des Klubpräsidenten Arthur Schönstadt saßen die diplomatischen Vertreter Deutschlands und Oesterreichs, der „bedeutendste lebende Deutsch-Amerikaner“, der frühere Handelssekretär Chr. Nagel aus St. Louis, der Wiener Orthopäde Professor Lorenz, der Brückenbauer Vicienthal, dazu eine Fülle bekannter Vertreter des Deutschtums. An das Essen schloß sich eine musikalische Unterhaltung, bei der Kapellmeister Kurt Eisler und der Baritonist Karl Schlegel von der Metropolitanoper, sowie die Schwäbische Liedergemeinschaft unter Leitung von Karl Kromer mitwirkten. Der Klubpräsident begrüßte im deutschen Generalkonsul Dr. Lange zum ersten Male nach langen, schweren Jahren wieder einen deutschen diplomatischen Vertreter der alten Heimat beim Fest, zu dem der verhinderte deutsche Botschafter ein herzliches Glückwunschschreiben geschickt hatte, er begrüßte auch den österreichischen Generalkonsul als den Vertreter des befreundeten Landes, dessen Herz so deutsch schlage, er feierte Deutschland, das Heimatland deutscher Kultur trotz all seines Leides und wünschte in seinem Deutschlandshoch ein Wiederauferstehen deutscher Wirtschaft und Kultur. Voll Begeisterung erhoben sich alle Anwesenden und sangen das Deutschlandlied. In den Dank des österreichischen Konsuls schloß der deutsche Richter D e r w a g e r längere historische Ausführungen über die kulturelle Bedeutung und die Verdienste der Deutsch-Amerikanischen Presse, und der von der Versammlung durch Erheben von den Sigen begeistert begrüßte Staatssekretär a. D. N a g e l besprach in großzügigen Ausführungen die politische Lage. Er, der in zweiter Generation Deutsch-Amerikaner ist und die deutsche Urheimat nie gesehen hat, geißelte die deutschfeindliche Politik und rühmte die deutsche Kultur und besprach auch die amerikanische Politik in großzügigen Ausführungen. Das ganze Fest verlief als ein Weckruf an das deutsche Element in den Vereinigten Staaten in großartiger Weise. Eines der angesehensten und großartigsten Hotels, das Astorhaus, war als Festort genommen worden, um auch nach außen hin die Bedeutung des Tages zu unterstreichen und zu zeigen, daß das Deutschtum in Amerika aus seiner Aschenbrödeltröste heraus ist und sich wieder stark und mächtig fühlt, denjenigen Platz einzunehmen, der ihm gebührt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. November 1922.

Paßvorschriften im besetzten Gebiet.

Bei Reisen in das besetzte Gebiet muß man sich vergewissern, daß man seinen Paß bei sich hat. Nach einer Mitteilung der Interalliierten Rheinlands-Kommission an den Reichskommissar finden zwar neuerdings wegen Paßvergehen keine Festnahmen mehr statt, sofern die in Frage kommenden Personen nachweisen können, daß sie im besetzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Mit einer Geldstrafe werden sie für ihre Nachlässigkeit immer rechnen müssen. Bei Paßvergehen durch mittellose Personen aus dem unbesetzten Deutschland, dem Ausland oder durch Personen ohne festen Wohnsitz ist die Festnahme nach wie vor zu gewärtigen.

Ueberwachung von Postsendungen ins Rheinland.

Die Interalliierte Rheinlands-Kommission in Coblenz hat sich im Artikel 11 ihrer auf Grund des Abkommens über die militärische Besetzung der Rheinlande erlassenen Verordnung Nr. 3 vom 10. Januar 1920 das Recht zugesprochen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden fordern zu können. Die Interalliierte Kommission kann also jederzeit und an jedem beliebigen Orte des besetzten rheinischen Gebiets ohne weiteres die Postüberwachung ausüben lassen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen verfährt sie auch dementsprechend und läßt auf bestimmte oder unbestimmte Zeit bald in diesem bald in jenem Orte des besetzten Gebiets eine Ueberwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfange eintreten. Da die Anordnungen über Ort und Zeit derartiger Postüberwachungen ganz von dem jeweiligen Belieben der Besatzungsbehörde abhängen, lassen sich nähere Angaben darüber nicht machen. In letzter Zeit sind derartige Ueberwachungen besonders seitens der französischen Besatzungsbehörde in erhöhtem Maße ausgeübt worden. Wenn auch die Ueberwachung in den meisten Fällen nur einige Tage gedauert hat, so scheint sie doch infolge ihres unvermuteten Einsetzens Ergebnisse zeitig zu haben, die für die davon betroffenen Personen unangenehme Folgen haben können. Neben dieser offenen Postüberwachung, die den Empfänger der davon betroffenen Sendungen durch Verschleußreisen bekannt wird, erfolgt zeitweise an einzelnen Stellen noch eine weitere heimliche Ueberwachung, ohne daß die ihr unterworfenen Sendungen äußerlich gekennzeichnet werden. Von der Geheimensjur wurden besonders Sendungen von und an Behörden und von und an Handelsfirmen erfaßt. Derartige Fälle sind insbesondere bei der Zensurstelle, die die französische Besatzungsbehörde bei dem Postamt in Düsseldorf eingerichtet hat, und bei der von der belgischen Besatzungsbehörde in Duisburg eingerichteten Postüberwachungsstelle festgestellt worden. Aber auch Vorgänge bei anderen Zensurstellen haben die Annahme befestigt, daß die Postüberwachung vielfach zu einer geheimen Handelspionage ausgenutzt wird. Es ist daher dringend geboten, daß besonders Absender von Briefen nach dem Brückenkopf Düsseldorf größte Vorsicht beobachten und Mitteilungen, die den Besatzungsbehörden nicht bekannt werden sollen, nicht auf einem Beförderungswege an die Empfänger gelangen lassen, der die Sendungen der Gefahr einer Eröffnung durch die Besatzungsbehörden aussetzt. Auch bei Sendungen nach den übrigen Orten des besetzten rheinischen Gebiets müssen sich die Absender immer der geschilderten Sachlage bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

(SCB) Stuttgart, 9. Nov. Der Senat der Technischen Hochschule hat mit Beginn des Wintersemesters

auch die russische Sprache als Unterrichtsfach eingeführt. Gasthörer können mit Genehmigung des Rektors zugelassen werden. Zum Dozenten der russischen Sprache ist vom Ministerium des Kirchen- und Schulwesens der frühere russische Gymnasialprofessor Staatsrat Dr. K. Wienewald ernannt worden.

(SCB) Gmünd, 9. Nov. Die Witwe Viktoria Nothhardt, die älteste Person der Stadt, tritt am 15. November in ihr 100. Lebensjahr ein. Sie geht noch aus und nimmt an allen wichtigen Zeitereignissen regen Anteil. Ihr reist sie in der Altersfolge an der Lehrerpensionär Georg Meyer, der älteste Lehrer unseres Landes, der am 31. Dezember sein 99. Lebensjahr antritt.

(SCB) Heilbronn, 9. Nov. Der Ortsausschuß gegen den Alkoholismus nahm anlässlich eines Schnapskonzeptionsgesuchs der Wirtschaft „Zur sicheren Quelle“ eine Abstimmung über deren Bedürfnis vor. Die Abstimmung wurde von Guttemplern durchgeführt. In ca. 200 Meter Umkreis der Wirtschaft wurden alle wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen aufgesucht und an Hand eines vorgebrachten Stimmgzettels gab ein jedes sein Dafür oder Dagegen ab. Es konnte folgendes Ergebnis festgestellt werden: Abgestimmt haben 1181 Personen, enthalten haben sich 85, dafür sind 88 (57 Männer, 31 Frauen), gegen die Konzession sind 1093 (509 Männer, 593 Frauen). Das Ergebnis wurde dem Stadtpolizeiamt, mit dessen Einvernehmen die Abstimmung durchgeführt wurde, zur Prüfung unterbreitet.

(SCB) Ravensburg, 9. Nov. In der letzten Gemeinderatsitzung entstand eine lebhafteste Debatte über die Kartoffel- und Milchnot. Für Oktober müssen die Städte den Räuereien 53 M für den Liter Milch bezahlen, und für November ist für Ravensburg mit einem Milchpreis von 66 Mark zu rechnen. Dieser hohe Preis veranlaßte Oberbürgermeister Mang, namens des Gemeinderats an den Ernährungsminister eine Eingabe zu richten, in der zwangsweise Verbilligung der Milch für Minderbemittelte und Versorgungsbedürftige nach bayerischem Muster gefordert wird.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern 7519 M, der Schweizer Franken 1393 M.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCB) Stuttgart, 8. Nov. Die Haltung des amtlichen Verkehrs bei fester Tendenz uneinheitlich. Trotz mannigfacher Gewinnrealisationen war das Material meistens zu knapp, um die starke Nachfrage befriedigen zu können. Bankaktien lagen sehr fest: Württ. Bankanstalt + 350 Pr. (1000), Hypothekbank + 90 Pr. (410), Vereinsb. + 300 Pr. (1300). Auch Brauereiwerte lagen fest: Brauhaus Ravensburg + 100 Pr. (650), Eßlinger + 100 Pr. (600), Kettenmeyer-Tivoli + 100 Pr. (1000), Hohenz. + 260 Pr. (1100), Wulle + 200 Pr. (1050), Textilwerte waren einheitlich: Baumwolle Erlangen — 100 Pr. (3400), Kammg. Vietigheim + 100 Pr. (4600), Kolb u. Schüle + 150 Pr. (4650), Maschinen- und Metallwerte hatten vielfach Kursabschwächungen zu verzeichnen. Hesser — 350 Prozent (2050), Eßlingen + 175 Pr. (3375), Weinarten — 800 Pr. (2800), Daimler + 110 Pr. (1900), Redarjulmer Fahrzeug + 90 Pr. (2490), Feinmechanik Tuttlingen — 50 Pr. (7450), Jungbans — 20 Pr. (2200). Die sonstigen Werte lagen sehr fest: Bad. Anilin + 600 Pr. (3600), Bremen-Befäh. — 1000 Pr. (6000), Köln-Rottw. + 1000 Pr. (4800), Krumm + 160 Pr. (1350), Hohner — 200 Pr. (4000). Der Freiverkehr war behauptet.

(SCB) Stuttgart, 9. Nov. Zum erstenmal herrschte heute an einem Börsenfeiertag wirklich Ruhe. Es fanden fast gar keine Geschäfte statt, einerseits weil die Banken

nach den gewaltigen Anstrengungen der letzten Tage ein starkes Ruhebedürfnis hatten, besonders aber, weil die Pläne der Marktabstufung eine große Unsicherheit in der Haltung des Publikums zu Tage treten ließen.

Calwer Viehmarkt.

Bei dem am Mittwoch stattgefundenen Vieh- und Schweinemarkt waren insgesamt 81 Stück Rindvieh zugetrieben, darunter befanden sich 8 Stück Jungtiere, 30 Kühe, 27 Kinder, 13 Kalbinnen und 3 Kälber. Bezahlt wurden für Jungtiere 212 000—360 000 M pro Paar, Kühe 110—160 000 M, Kalbinnen 113 000—140 000 M, Kinder 50—80 000 M je pro Stück. — Auf dem Schweinemarkt waren 19 Stück Läufer und 164 Stück Milchschweine zugeführt. Der Preis betrug für Läufer Schweine 32—64 000 M und für Milchschweine 18—32 000 M pro Paar. Der Handel war auf beiden Märkten ziemlich lebhaft.

Märkte.

(SCB) Stuttgart, 9. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 337 Döfeln, 54 Bullen, 463 Jungbullen, 321 Jungkinder, 683 Kühe, 555 Kälber, 690 Schweine, 72 Schafe, 2 Ziegen. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Zentner Bullen 1. 15—16 000, 2. 12 500—14 200, Jungkinder 1. 17 500—18 700, 2. 15 200—16 800, 3. 12 500—14 500, Kühe 1. 12 500—14 500, 2. 9 500—11 800, 3. 7 200—8 800, Kälber 1. 25 800—26 800, 2. 24 500—25 500, 3. 21 500—24 000, Schweine 1. 38 500—41 000, 2. 35 000—38 000, 3. 31 000 bis 34 000 M. Verlauf des Marktes: mäßig belebt.

(SCB) Wangen i. N., 9. Nov. Marktbericht. Für Mostäpfel wurden 200—300 M per Ztr., für Wirtschaftäpfel 6—7 M, Spalterbirnen 6—7 M per Pfd. bezahlt. — Filderkraut galt 1000 M, Rundkraut 950 M per Zentner. — Dem Ferkelmarkt waren 170 Stück zugeführt. Preis 10—16 000 M per Stück. Starke Häuser bis zu 20 000 M. Alles wurde verkauft.

(SCB) Tettmang, 9. Nov. Die Hopfenpreise haben auch hier eine steigende Tendenz. Soweit die Produzenten, die noch Hopfen besitzen, abgaben, wurden bis zu 70 000 Mark per Zentner und vereinzelt auch darüber bezahlt, auch schon höhere Preise vergeblich geboten.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gottesdienst.

Sonntag, 12. Nov. 1922 (22. S. n. Dreiein.) Vom Turm: 15. 1/10 Uhr: Predigt, Pfarrer Dr. Ströle. Eingangslied: 268. „Herz und Herz.“ Kirchenchor singt: Nun los meine Seele (Wach). Im Vereinshaus Kurs über Gemeindegeldbeit. Vorträge 11 Uhr, 1/4 Uhr, 8 Uhr; Montag, 13., 1/10 Uhr, 1/3 Uhr, 8 Uhr.

Montag, 13. Nov., abends 8 Uhr: Lichtbilderandaucht: Der Christen Leben. Pfarrer Dr. Ströle. (6 Uhr für Kinder.)

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, 12. Nov. 8 Uhr: Frühmesse, 1/10 Uhr: Predigt und Amt, 2 Uhr: Andacht. Beichtgelegenheit Samstag von 4 Uhr nachm. und Sonntag früh von 7 Uhr an.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, 12. Nov. 1/10 Uhr: Predigt, Pfarrer; 11 Uhr: Sonntagschule; 5 Uhr: Predigt, Götter. Mittwoch, 8 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde, Pfarrer. Stammheim: 10 Uhr: Predigt, Strobel. 1/2 Uhr: Zeugnisgottesdienst. Mittwoch: 8 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde, Strobel.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der H. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

1.

Im roten Löwen, einem ansehnlichen, an einer vielbefahrenen Straße einlam gelegenen Gasthause, ging es am Abend vor Weihnachten lebhaft zu, wiewohl nicht von Gästen; denn die schweren und leichten Fuhrwerke der Reisenden, welchen das Wirtshaus zur Einkehr bequem lag, waren heute ausgeblieben, weil religiöse Scheu, Sitte und Aberglaube das Reisen in der heiligen Zeit verboten, und auch von den Spaziergängern der benachbarten Stadt, die sich sonst reichlich einfinden und den Löwenwein jedem anderen vorzogen, war niemand gekommen, da die einen dem Herkommen der Weihnachtsfeier im häuslichen Kreise huldigten, und die anderen sich schauten, durch Wirtschaftsbesuch an einem solchen Tage ihren Mitbürgern Vergnügen zu geben. Familie und Gefinde des Hauses waren es also selbst, welche diese seltenen Stunden der Freiheit von allen Verpflichtungen für sich zur Weihnachtsruhe und Weihnachtsfreude anwendend, das Haus mit fröhlichem Geräusch erfüllten. Auf einem Tische der geräumigen Wirtstube waren die Besucher für die Kinder, auf einem anderen für die Anechte und Mägde aufgestellt. Die Kinder jauchzten über ihre Süßigkeiten, bliesen in ihre Trompeten und polterten mit allem, was von ihren Geschenken einen Lärm zu machen geeignet war. Auch am anderen Tische machte sich die Freude laut, denn während die Knechte ihre Gaben erst auf wiederholtes Zureden und mit verlegenen Lachen in Empfang nahmen, machten die Mägde dafür, mit Ausnahme einer einzigen, um so mehr Geschrei und Aufheben

von den ihrigen. Doch fehlte es dem Geschrei wenigstens nicht an Wille, da die Herrschaft ihre Dienstleute wie Familienangehörige behandelte und mit einer Freigebigkeit, die mit dem einträglichen Gange der Wirtschaft gleichen Schritt hielt, den Weihnachtsbaum für sie so reichlich ausgestattet hatte, daß er kaum minder als der der eigenen Kinder glänzte.

Es kam heute noch ein besonderer Anlaß zu dem häuslichen Feste, der daselbst zugleich zu einer Abschiedsfeier machte. Zwei von den Knechten wollten den Dienst verlassen, und ihre Wanderzeit war, dem Herkommen der Gegend gemäß, das in diesem Punkte seltsam von der sonstigen Heilighaltung der Festzeit abwich, mit Weihnachten eingetreten. Der eine, ein Sohn einer vermöglichen Witwe im nahen Städtchen, hatte seinen Dienst als Freiwilliger versehen, um in Feld und Haus das Nötige zu erlernen. Wenn man aber dem Zeugnis der anderen glauben durfte, hatte er, als ein verwehligtes Mutterjöhnchen, dem nichts an der Arbeit gelegen war, bei dem Unterrichte wenig gewonnen. Auch auf seinen Charakter waren sie nicht gut zu sprechen: obgleich, seinen freundlichen Redensarten nach zu urteilen, sein Herz von Nächstenliebe überglühend schien und seine gefälligen Manieren im Anfang alle gewonnen hatten, so stimmten sie doch allmählich mit dem alten Philipp dem Oberknecht überein, der von ihm zu sagen pflegte: „Sitzt alles nichts, der Alex ist eben ein Schleicher, ein Fuchsschwänzer, und wenn er mich übergolden wollt“; zwar das wird er bleiben lassen, denn er ist ein wüster Geiztrag“. Dagegen ließen sie den andern sehr ungen zichen: wiewohl von Betragen nichts weniger als einschmeichelnd, war er doch allgemein geachtet und geliebt, denn, pflegte der alte Philipp zu sagen, „die Kax' zu streicheln, ist er nicht

der Mann, der Erhard, aber reell ist er, wo ihn die Haut anrührt“. Seine Dienstaufkündigung hatte eine wahre Trauer im Hause verbreitet, alles hatte ihm zugesprochen, sie zurückzunehmen, und der Löwenwirt selbst, der große Stücke auf ihn hielt, hatte ihn zum Weiben zu bewegen gesucht, allein vergebens; denn der Knecht hatte auf alle Zureden hartnäckig erwidert, es treibe ihn fort, daß ihn nicht tausend Pferde halten könnten, und er fühle den unüberwindlichen Drang, sein Glück in der Fremde zu versuchen. Man munkelte jedoch, was ihn fortreibe, sei nicht sowohl Wanderlust, als vielmehr Liebe zu der Magd Justine, neben welcher er es nicht aushalten könne hoffnungslos fortzuleben, obgleich niemand zweifelte, daß sie ihm gerne die Hand reichen würde, wenn sie nur ein wenig Vermögen miteinander besäßen; denn daß die Justine den Erhard aus irgend einem anderen Grund der Welt ausschlagen könnte, das hätte keins von allen geglaubt. Anders stand es zwischen ihr und dem Alex. Als dieser mit dem Frühjahr in den Dienst trat, konnte man eine Weile glauben, sein glattes Gesicht sei ihr nicht gerade zuwider, und man hatte sie seinen unterhaltenden Reden mitunter nicht unbeifällig lächeln sehen. Doch dauerte es nicht allzu lange, so bemerkte man noch viel deutlicher, daß sie sich mit unerbittlicher Geringschätzung von ihm zurückzog; er versuchte zu weilen noch mit einem Scherzwort bei ihr anzukommen, wurde aber jedesmal mit bitterer Verachtung abgestoßen, was um so erklärlicher war, da ein Gerücht verlautete, welches sich auch bald als begründet erwies, daß er eine reiche Frauensperson im Städtchen heiraten wolle, die jedoch mit all ihrem Gelde den verdächtigen Ursprung dieses Reichtums nicht zudecken konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Gemeinderatswahl.

Die Wählerliste für die Gemeinderatswahl am 9. Dezember 1922

wird eine Woche lang, nämlich von Samstag, den 11. Novbr. bis Freitag, den 17. Novbr. 1922 — beide Tage je einschließlich — in den üblichen Geschäftsstunden zur allgemeinen Einsicht in Zimmer Nr. 1 des Rathauses aufgelegt sein.

Innerhalb dieser Woche ist jeder Wahlberechtigte befugt, gegen die aufgelegte Liste wegen Uebergehung von Personen, welche aufzunehmen gewesen wären, oder wegen Aufnahme unberechtigter Personen mündlich oder schriftlich Einsprache zu erheben.

Wahlberechtigt sind alle Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Calw seit 6 Monaten wohnen. Wer infolge Wegzugs das Wahlrecht verloren hat, jedoch vor Ablauf von 2 Jahren in die Gemeinde zurückkehrt, erlangt mit der Rückkehr das Wahlrecht wieder.

Diejenigen Wähler, die in die Wählerliste aufgenommen sind, werden hiervon in den nächsten Tagen durch einen Wählerzettel benachrichtigt werden. Wer keinen Wählerzettel bekommt, läuft nicht in der Wählerliste und hat — wenn er an der Wahl teilnehmen will — während der obengenannten Einsprachfrist seine Aufnahme in die Wählerliste zu beantragen. Es werden nur diejenigen zur Wahl zugelassen werden, die in die Wählerliste aufgenommen sind, auch wenn die Uebergehung in einem offensibaren Versehen ihren Grund hat. Die Wählerzettel sind gut aufzubewahren und zur Wahl mitzubringen.

Calw, den 9. November 1922.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stammheim.

Die Wählerliste

für die am Sonntag, den 10. Dezember ds. Js., stattfindende

Wahl des Gesamtgemeinderats

ist vom Sonntag, den 12. November 1922 ab, 1 Woche lang auf dem Rathaus in Stammheim zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Auf die am Rathaus in Stammheim und am Gebäude von W. Mörch, Station Teinach angehängene Bekanntmachung wird verwiesen.

Schultheiß Kauser.

Calw, den 10. November 1922.

Todes-Anzeige.



Berwandten und Freunden geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser treubesorgter Vater

Paul Haug

Postinspektor

nach langem, geduldig ertragenem Leiden heute früh 5 Uhr, im Alter von 45 Jahren, entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

namens der trauernden Hinterbliebenen: die Gattin: Bertha Haug, geb. Längst; die Kinder: Gertrud, Erika, Gerhard und Ilse.

Die Beerdigung findet Sonntag Mittag 1/2 Uhr statt.



Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Bücher zu Geschenkwzwecken:

Deutschland und das angelsächsische Weltherrschaftsziel

von Otto Seltmann

geh. M. 90.—. In Halbleinen geb. M. 150.— (auf holzfrei Papier gedruckt)

Das Urteil der Vernunft

Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und gesetzmäßige Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens

von Otto Seltmann

geh. M. 120.—, geb. M. 180.—

Der Grenzertragsausgleich

bei Robert Liepmann und sein Zusammenhang mit der Grenznutzentheorie

von Dr. Arnold Kupper

Ein Versuch der Lesergründung und Zusammenfassung der in ihren Wert- und Nutzenlehren von H. H. Gossen, W. St. Jevons, C. Menger, L. Walras und R. Liepmann gelieferten Bausteine zu einer einheitlichen Nutzenlehre. 114 Seiten, geb. M. 90.—

Elementarschrift und Elementar-Lesemethode

Zwei Hilfsmittel für das 1. Schuljahr

von J. Beck, Mittelschullehrer

kart. M. 30.—

Die Zerstörung Calw's im Dreißigjährigen Krieg

am 10. September 1634

von Johann Valentin Andrea

geheset M. 25.—

Erhältlich in den Buchhandlungen.

Wir tauschen Hafer und Gerste gegen Weizmehl, Brotmehl und Kleie.

Kohler & Pfann, Weiberstadt
Getreide, Mehl, Saaten, Fernsprecher Nr. 8.

Verkaufe jungen Schäferhund. König, Lautenbachhof, Teinach.

Guterhalt. starken 2-3jg. Davoser gesüßigt. Gefl. Angebote mit Preisang. u. V 256 a. Geschäftst. d. Bl.

Wir drucken

PLAKATE
FORMULARE
ZEITSCHRIFTEN
KATALOGE, PROSPEKTE
WERTPAPIERE
ZIRKULARE
WERKE

A. Gelschläger'sche Buchdruckerei

Fernsprecher 9. Calw Ledersirasse 151.



Turn-Verein Altbürg

macht am Sonntag, den 12. Novbr., einen

Ausflug

mit Blechmusik nach Oberreichenbach Gasthaus z. Löwen.

Radfahrerverein Althengstett

hält am kommenden Sonntag

im Gasthof zur „Traube“

Herbst-Feier

mit Tanz-Unterhaltung ab, wozu höflichst einladet der Ausschuß.

Damen- und Kinder-Hüte

Geschw. Guimann Westl. 28 Pforzheim Tel. 368.

7 000 Mark zahlen wir

für gebrauchte alte große Mauserpistolen Kal. 7,63 mit Solafuteral, ohne solches 6000 Mk. u. erbitten sofortige Nachnahmezahlung ohne Antrage. Beschreibung: 30 cm lang, zehnjährig, von oben zu laden, Siempel: Waffenfabr. Mauser, Oberndorf a. N., Visier 1000 m. Alle anderen Pistolen, auch Mauser 9 mm (Visier 500 m) werden nicht gekauft. Waffenhdlg. Anders & Bock, Königsberg Pr. 5.

10000 Mark demjenigen, der mir eine 2-3-Zimmer-Wohnung verschafft

die ohne Genehmigung d. Wohnungsamts bezogen werden darf.

Näheres zu erfragen auf der Geschäftsstelle ds. Bl.

Fahrrad

zu verkaufen Georg Bäuerle, Neubulach.

Futter-

schneidmaschinen sowie eine Milchzentrifuge

preiswert abzugeben Friedrich Huber, Unterreichenbach, O.A. Calw, Fernsprecher 17

Zimmer

geg. Erteil. v. vorz. Klavier-Unterricht Angeb. unt. 3. C. 262 an die Gesch. ds. Bl.

Aktien-Gesellschaft d. Textildr. nicht geeignet. Damen oder Herren als Detail-Neuende gegen hohe Provision. Sicherheitsleistung für Mutterkollktion Bedingung. Angeb. unter S. C. 500 an „Invalidentank“ Annocenerpedit, Berlin W. 9 erbeien.

Wand-Kalender für das Jahr 1923

mit Märkteverzeichnis. Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

In allen einschlägigen Geschäften zu haben



Wolke
Weinbrand
C. W. Kemp Nachf. A. G. Stettin
Gegr. 1830.

Lager unterhält unser General-Vertreter: Conrad Petruschke, Ulm a. Donau, Fernruf 1457.